

# Opposition konkret

Wahlen zum  
Europäischen Parlament  
12. Juni 1994

Politische Positionen  
der PDS



## Europa braucht Frieden, Arbeit und Demokratie

Die Partei des Demokratischen Sozialismus will ein friedliches, sozial gerechtes, demokratisches und umweltbewahrendes Europa. Sie will ein Europa freundschaftlich verbundener Völker, Völkerschaften und gleichberechtigter Staaten, will Weltoffenheit und offene Grenzen, ohne Nationalismus und Fremdenhaß, die selbstzerstörerisch sind.

Unser Kontinent ist von diesen Zielen jedoch weit entfernt.

In Europa gibt es wieder Krieg. Es wird nicht abgerüstet, sondern umgerüstet und aufgerüstet. Der Kontinent bleibt in Ost und West gespalten. Massenarbeitslosigkeit und Armut wachsen an. Ökonomische und soziale Klüfte vertiefen sich. Raubbau an der Natur ist alltäglich. Mehr und mehr werden die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel zerstört.

Die EG-Integration brachte den Bürgerinnen und Bürgern manche Vorteile. Vor allem aber diente sie den Interessen der Großunternehmen und Banken. Sie wollen Westeuropa gegen die USA und Japan in Stellung bringen, um bei der Neuordnung dieser Welt nicht zu kurz zu kommen. Ministerräte und Eurokraten in Brüssel entscheiden in ihrem Sinne weitgehend unkontrolliert über die Zukunft der Europäischen Union – und damit auch über Tausende Fragen des Alltags. Den Bürgerinnen und Bürgern verbleibt aber nur die Rolle von Statisten. Die in Maastricht begründete Europäische Union hat dieses Demokratiedefizit in der EG vergrößert.

Ein solches Europa lehnen wir ab, denn es wird den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft nicht gerecht. Neue politische, ökonomische und soziale Zielsetzungen sind erforderlich. Wirtschaftliche Prosperität und wissenschaftlich-technischer Fortschritt müssen dem Wohl der Menschen und dem Erhalt der Lebenswelt dienen. Sie dürfen sich nicht länger auf immer mehr Reichtum für wenige begründen.

Die Gesellschaften der Europäischen Union stehen vor der Wahl, den verhängnisvollen Kurs von Maastricht fortzusetzen oder die großen Potentiale des Kontinents zu nutzen für einen demokratischen, ökologischen und weltwirtschaftlichen Umbau unserer Zivilisation.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, nicht nur von Demokratie zu reden, sondern die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Wirtschaft zu gewährleisten.

Daher kämpft die PDS, die dem demokratischen Sozialismus verpflichtet ist, für eine politische Wende.

## Wir wollen:

- ein EUROPA ohne kriegerische Konflikte, das Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Entmilitarisierung der Politik gewährleistet;
- ein EUROPA, das diesen Namen verdient und alle europäischen Staaten und Völker umfaßt und nicht an der Oder zu Ende ist;
- ein EUROPA, in dem das Recht auf Arbeit durch aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik verwirklicht, Massenarbeitslosigkeit überwunden und soziale Sicherheit für alle gewährleistet werden;
- ein EUROPA, in dem die Bürgerinnen und Bürger in ihren Heimatorten, Regionen und Staaten und auch in europäischen Institutionen tatsächlich Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft nehmen, und in dem Banken und multinationale Konzerne nicht nach Gutdünken schalten und walten können;
- ein EUROPA ohne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit;
- ein EUROPA des Humanismus und des Friedens, in dem die Menschenrechte unantastbar sind und die Rechte auf Leben, Arbeit, Wohnung und Bildung garantiert und für alle verwirklicht werden;
- ein EUROPA, in dem die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht wird;
- ein EUROPA, in dem das Lebensrecht, die Gleichstellung und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen nicht in Frage gestellt werden;
- ein EUROPA, in dem Kinder und Jugendliche selbst über ihr Leben entscheiden können;
- ein EUROPA, das Seniorinnen und Senioren ein eigenständiges Leben in Sicherheit und Würde garantiert;
- ein EUROPA, in dem die Landwirtschaft gedeiht und die Bäuerinnen und Bauern leben und arbeiten können;
- ein EUROPA, das den ökologischen Umbau der Gesellschaft wirksam vorantreibt;
- ein EUROPA, in dem die wirtschaftlich stärksten Länder und Regionen solidarisch helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsunterschiede und die Armut auf dem Kontinent zu überwinden;
- ein EUROPA, das allen Völkern sowie den ethnischen und religiösen Minderheiten Möglichkeiten gibt, gleichberechtigt ihre demokratischen Traditionen, ihre Sprache und kulturellen Werte zu bewahren und in die europäische Entwicklung einzubringen;
- ein EUROPA, in dem Schritte zu einer neuen Produktions- und Lebensweise gegangen werden, die dazu beitragen, die sozialen Gegensätze innerhalb der Länder und Regionen sowie zwischen ihnen zu überwinden;
- ein EUROPA, das sich verantwortungsbewußt als Teil dieser einen Welt entwickelt.

Ein solches Europa braucht ein friedliches und demokratisches Deutschland, das auf Vorherrschaft verzichtet und in Bescheidenheit freundschaftlich und gleichberechtigt mit den anderen europäischen Völkern und Staaten zusammenlebt. Wir wollen ein europäisches Deutschland.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch im EU-Europa ist eine konsequente Vertretung linker Politik unverzichtbar, die Widerstand gegen Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung, Umweltzerstörung, Rassismus, Neofaschismus und Eurochauvinismus leistet. Gemeinsam mit anderen linken und anderen demokratischen Kräften in Westeuropa wollen wir das Europäische Parlament als Forum der demokratischen Mitsprache und der Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger nutzen.

Indem wir unsere deutsch-deutschen Anschlußerfahrungen in den europäischen Einigungsprozeß einbringen, stellen wir uns einem Europa entgegen, das von deutscher Großmachtspolitik beherrscht wird. Auf Grund des Versagens der Bundesregierung wird unser Land noch über Jahre hinaus ökonomisch, sozial, kulturell und psychologisch geteilt bleiben. Die deutsche Vereinigung ist kein Vorbild für die Einigung Europas.

## »Wo Geld ist, da ist der Teufel. Aber wo kein Geld ist, da ist er zweimal.«

Georg Weerth

Das ist die Dialektik des realen Lebens und der Politik: Eine Partei, die gegen eine Herrschaft des Geldes über die Menschen und die gesamte Gesellschaft streitet, kommt nicht ohne Geld aus. Nachdem die Treuhandanstalt 1991 die Wahlkampfkostenerstattung der PDS in Höhe von mehr als 13,6 Millionen DM beschlagnahmte, hat die PDS eine Spendenkampagne zur Bildung ihres zentralen Wahlkampfonds begonnen. Mit dem Erwerb von Anteilscheinen über 100, 200, 500 und 1000 DM sowie mit jeder kleinen Einzelspende können Sie wirksam dazu beitragen, daß linke Opposition in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt und bei den Wahlen 1994 wieder in das Europäische Parlament und den Bundestag einziehen kann. Nach Einzahlung ist eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung erhältlich (für deren Zusendung bitte Adresse nicht vergessen).

**PDS**

André Brie, Leiter des Wahlbüros    Dietmar Bartsch, Schatzmeister

Spendenkonto: 13225731, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kennwort: PDS '94  
PS: Erhält die PDS über 50 Prozent der Stimmen, werden die Anteilscheine offizielles Zahlungsmittel.

## Die PDS und die Europäische Union

Die Partei des Demokratischen Sozialismus befürwortet den Prozeß der europäischen Einigung. Unsere Europaidee umfaßt mehr als die Staatengemeinschaft, die sich derzeit in der Europäischen Union zusammenschließt. Die vielen Probleme, vor denen Europa heute steht, können nur durch das verantwortungsbewußte und zielgerichtete Zusammenwirken ausnahmslos aller seiner Völker und Staaten bewältigt werden. Wir sind konsequent gegen die Wiederbelebung egoistischen nationalstaatlichen Denkens und Handelns. Ein multikulturelles Europa empfinden wir als Bereicherung für das Leben der Menschen auf unserem Kontinent.

Jetzt, da die im Maastrichter Vertrag begründete Europäische Union noch in diesem Jahrzehnt realisiert werden soll, sieht es die PDS erst recht als erforderlich an, für eine alternative Europapolitik zu streiten.

Der mit dem Maastrichter Vertrag eingeschlagene Kurs widerspricht jedoch den Erfordernissen der heutigen Zeit. Deshalb hatte die PDS den Vertrag als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien abgelehnt, sich für seine Neuverhandlung und die Durchführung eines Volksentscheides eingesetzt.

Wir sind überzeugt: Europa braucht Frieden, Arbeit und Demokratie. Dafür wollen wir nicht nur im Europäischen Parlament streiten, sondern uns gleichermaßen außerparlamentarisch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit anderen linken und grün-alternativen Kräften und Bewegungen einsetzen. Die drängenden tagtäglichen Sorgen und Nöte der Menschen in der Europäischen Union sind Ausgangspunkt unseres politischen Handelns.

## Demokratie verwirklichen

Seit ihrer Gründung krankt die Europäische Gemeinschaft an Unterentwicklung der Demokratie. Der Vertrag über die Europäische Union vergrößert dieses Demokratiedefizit der EU. Die Herrschenden nutzen es schamlos aus.

Die nationalen Parlamente haben noch mehr Rechte abgegeben. Sie wurden aber nicht an das direkt gewählte Europäische Parlament, sondern an die im Ministerrat versammelten Regierungen übertragen. Diese konzentrieren so eine riesige Machtfülle in ihren Händen. Entscheidungsprozesse und Rechtssetzungsakte sind für die Bürgerinnen und Bürger undurchschaubar, daran beteiligt sind sie ohnehin nicht, es sei denn durch Steuerabgaben zur Finanzierung der EU-Bürokratie.

Die PDS fordert eine Abkehr von dieser Entwicklung. Die Europäische Union braucht transparente und demokratische Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft. Sie muß von den Bürgerinnen und Bürgern direkt und aktiv mitgestaltbar und ihren unmittelbaren Lebensinteressen verpflichtet sein. So kann zerstörerischem Nationalismus und Egoismus in Westeuropa entgegengewirkt werden. Nicht noch mehr Bürokratie darf finanziert werden, sondern die politischen Strukturen und Institutionen müssen ebenso wie die der Wirtschaft demokratisiert werden. Dazu gehört auch, das Subsidiaritätsprinzip zu berücksichtigen und zu nutzen sowie die Selbstbestimmung der Regionen und Kommunen über alle sie betreffenden Fragen zu stärken.

### Die PDS tritt ein für:

- die Durchführung von Volksentscheiden in allen EU-Mitgliedstaaten bei grundlegenden Entscheidungen, insbesondere über die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union, bis hin zu einer möglichen Verfassung;
- die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Gewerkschaften und andere Vereinigungen der Lohnabhängigen sowie von Arbeitslosenverbänden, einschließlich der Bildung europäischer Betriebsräte sowie die Gewährung von Mitentscheidungsrechten für den Wirtschafts- und Sozialausschuß, dessen Zusammensetzung demokratisch und transparent erfolgen muß;
- Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Vereinigungen der Bäuerinnen und Bauern, des Mittelstandes, von MieterInnenvereinigungen sowie VerbraucherInnenverbänden;
- Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte für BürgerInnenbewegungen, Menschenrechtsgruppen, Interessenverbände, Selbsthilfegruppen und andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen insbesondere der Frauen, Jugendlichen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen sowie für ökologische, friedens- oder ausländerInnenpolitische Initiativen. Damit würden Schritte zu einer eigenständigen Vertretungskörperschaft gegangen;

- gleichberechtigte Gesetzgebungskompetenzen von Rat und Europäischem Parlament in allen zentralen Fragen der Unionsentwicklung sowie ein Initiativrecht für das Europäische Parlament;
- verbindliche Mitentscheidungsrechte für den Ausschuß der Regionen im Gesetzgebungsprozeß, erweiterte Repräsentanz lokaler Körperschaften;
- die Wahl der Kommission durch das Europäische Parlament;
- die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle in der Europäischen Union lebenden Menschen an ihrem ständigen Wohnsitz;
- die Wahl des Europäischen Parlaments ohne Sperrklauseln und nach Verhältniswahlrecht in allen Mitgliedsstaaten der EU;
- die Besetzung aller Ämter und die Wahrnehmung der Mandate in der Europäischen Union mindestens zur Hälfte durch Frauen;
- die Wahrnehmung von Mandaten durch Menschen mit Behinderungen und Angehörige von Minderheiten;
- eine allgemeine öffentliche Informationspflicht der EU-Institutionen über alle Vorgänge in der Europäischen Union.
- die Sicherung der Entscheidungs- und Kontrollrechte des Bundestages und die Rechte der Länderparlamente über die Europapolitik der Bundes- und Länderregierungen;
- die Auflösung aller Geheimdienste.

**Gregor Gysi - Ingolstädter Manifest**  
**Wir - mitten in Europa**  
**Plädoyer für einen neuen**  
**Gesellschaftsvertrag**



An den Bundesvorstand der PDS,  
 Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin:  
 Bitte schicken Sie mir das  
 Ingolstädter Manifest von Gregor Gysi  
 »Wir - mitten in Europa. Plädoyer für einen  
 neuen Gesellschaftsvertrag« zu.  
 Die Schutzgebühr von 3 DM  
 und die Portogebühren von 2 DM  
 habe ich in Briefmarken bzw. bar beigelegt.

Meine Adresse:

---



---



---



---



---

## Eine Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik herbeiführen

Die in Maastricht beschlossene westeuropäische Wirtschafts- und Währungsunion ist in erster Linie eine Union für die großen Konzerne, Banken, Versicherungen und Kapitalgruppen, die die menschenfeindliche und naturzerstörerische Produktions- und Konsumtionsweise der westeuropäischen Industriegesellschaften verfestigt. Mittels Europäischer Zentralbank, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt, sollen Geld, Zinsgewinne und Profite auf Unions-Ebene Vorrang vor den Interessen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben.

Die Regierenden in den EU-Mitgliedsstaaten haben keine ausreichenden Lehren aus den verheerenden Folgen der überstürzten deutsch-deutschen Währungsunion gezogen. Das Maastrichter Währungsunionskonzept setzt falsche gesellschaftspolitische Prämissen und ist zeitlich wie inhaltlich unrealistisch, unausgereift und undemokratisch. Es wird daher vor allem zu einem westeuropaweiten Deregulierungs- und Sozialabbauprogramm, das Arm und Reich in der Union weiter polarisiert und zudem gesamteuropäische Entwicklungsperspektiven verbaut.

### Eine Währungsunion, die den Interessen der Bürgerinnen und Bürger entspricht, muß

- mit einer Sozialunion verbunden sein;
- von den Bürgerinnen und Bürgern gewollt und bewußt mitgetragen werden;
- einer demokratischen parlamentarischen Kontrolle unterliegen;
- konsequent vom realen wirtschaftspolitischen Entwicklungsstand der beteiligten Staaten ausgehen und darf keinen unrealen zeitlichen Zwängen unterworfen werden, die zu sozial-ökonomischen Verwerfungen weniger entwickelter Regionen führen;
- dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Verhinderung von Sozialdumping als vorrangiger, vertraglich fixierter Zielstellung verpflichtet sein;
- mit der jetzigen Wachstumsideologie brechen und den gesellschaftlich zu kontrollierenden technologischen Fortschritt zur Rettung der Natur und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen einsetzen und fördern. Sie darf den Banken nicht die Rolle einer Überregierung zuweisen;
- die Geld- und Finanzpolitik an soziale und regionalwirtschaftliche Kriterien binden.

Der letztendliche Einstieg der Bundesrepublik in die Maastrichter Währungsunion darf nicht wie vorgesehen nur von Regierung und Parlament entschieden werden. Die PDS wird sich dafür einsetzen, daß dieser Schritt durch einen Volksentscheid legitimiert wird.

## Arbeitsplätze schaffen und soziale Sicherheit garantieren

Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Bedrohungen der sozialen Existenz sind in allen Ländern alltägliche Erscheinung. Die Regierungen und die Unternehmer antworten auf die veränderten Existenzbedingungen sowie die neuen Herausforderungen mit Strategien des Sozialabbaus, der Deregulierung, der Einschränkung demokratischer Rechte im sozialen Bereich und Arbeitsleben und die Rückkehr zu konservativen Werte- und Denkmodellen.

Eine Sozialunion, die die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt, ist für die PDS unverzichtbar.

Ein erster Schritt wäre die Umwandlung der Europäischen Sozialcharta in ein Dokument mit Gesetzeskraft und ihre Ergänzung durch weitere soziale Grundrechte. Das erreichte Niveau der nationalen Sozialstandards muß erhalten und ausgebaut werden. Entsprechend dem Leistungsvermögen der einzelnen Staaten ist ihre schrittweise Angleichung auf das höchste Niveau in der EU anzustreben.

Parallel dazu müßte die Schaffung von Systemen sozialer Grundsicherung auf einheitlicher Grundlage in der Europäischen Union erfolgen. Ziel ist schließlich die Erarbeitung und Durchsetzung einer gemeinsamen Sozialpolitik, die im Gegensatz zu den bisher praktizierten nationalen Sozialpolitiken nicht von der Schadensbegrenzung marktwirtschaftlicher Fehlentwicklungen ausgeht.

Damit wird der Weg zu einer solidarischen und auf Selbstbestimmung gerichteten Sozialpolitik freigemacht und zur Herausbildung einer Europäischen Sozialunion beigetragen.

## Insgesamt muß die Europäische Sozialunion ausgerichtet sein auf:

- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik einschließlich Beschäftigungsprogrammen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union, die Neuverteilung von Arbeit (besonders durch Arbeitszeitverkürzung), die den technologischen Fortschritt und den ökologischen Umbau der Wirtschaft fördert und eine schrittweise Angleichung der Lebensbedingungen zwischen den Ländern und Regionen ermöglicht;
- die Harmonisierung des Steuerrechts zur Verhinderung EU-weiter Steuerflucht sowie eine ökologisch und sozial ausgerichtete Neugestaltung des Steuersystems; besondere Beachtung gilt der Überführung erhobener Steuern in Fonds für ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaftsaufbau und Transportentwicklung sowie Fonds für soziale Grundsicherung;
- den Abbau bzw. die Verhinderung von Armut durch die Schaffung eines länderübergreifenden Systems sozialer Grundsicherung insbesondere für all jene, die aus verschiedenen Gründen nicht am Erwerbsleben teilhaben können;

- die Förderung des Wohnungsbaus, insbesondere des genossenschaftlichen und staatlichen und die Zurückdrängung der Bodenspekulation; Förderung barrierefreien Wohnungsbaus. Bezahlbarer Wohnraum, die Bekämpfung von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit sind nur möglich, wenn Wohnungen nicht mehr bloße Marktobjekte sind;
- Durchsetzung des Rechts auf Schutz der Gesundheit über den Ausbau der Prävention, des Rechts auf lebenslange Rehabilitation und die Gewährleistung einer allen Menschen zugänglichen gesundheitlichen Versorgung.

Die breite sozio-kulturelle Vielfalt der Länder und Regionen darf in diesem Prozeß nicht verflachen, sondern muß ausgebaut werden. Ethnische Normen und historische Traditionen und Wertvorstellungen sind zu tolerieren. Schutz bedürfen alle, die diskriminiert werden.

## Ökologischen Umbau beginnen

Die zahlreichen umweltpolitischen Richtlinien, Verordnungen, Entschlüsse und EU-Mindeststandards können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Umweltpolitik unverändert ein Schattendasein in der Europäischen Union fristet. Der Wettlauf um Höchstprofite erfolgt weiter ungehindert zu Lasten der Natur. Umweltdumping, Abfallberge und die Vergiftung von Boden, Luft und Wasser befördern die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Zur Abwehr globaler ökologischer Katastrophen ist der ökologische Umbau der westeuropäischen Industriegesellschaften dringend erforderlich. Die PDS plädiert daher für eine Wirtschaftspolitik, die unter Nutzung der Gemeinschaftskompetenzen und mit einer zielgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik diesen Umbau forciert.

## Die PDS tritt ein für:

- die Harmonisierung der Umweltstandards auf der Grundlage neuester umweltpolitischer Erkenntnisse, die Verhängung steuer- und strafrechtlicher Sanktionen gegen Umweltdumping und Umweltsünder;
- die wirksame Förderung von Energieeinsparung und rationeller Energienutzung, den Einsatz regenerativer Energieträger und die Bekämpfung des Treibhauseffektes;
- den Ausstieg aus der Atomenergie und eine entsprechende Änderung des EURATOM-Vertrages;
- Verzicht auf eine gentechnisch manipulierte Nahrungsmittelproduktion;
- eine neue EU-Strukturpolitik, die durch Subventionen und Steuern die Entwicklung geschlossener, ressourcensparender und abfallvermeidender Produktionskreisläufe befördert;
- eine völlige Umorientierung in der EU-Verkehrspolitik hin zur Vermeidung von Verkehr, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraßen, Stopp der Privatisierung öffentlicher Verkehrseinrichtungen;

- die Förderung von müllvermeidenden und recyclingfreundlichen Verfahren, strengere Überwachung von Müllablagerungen und ein Verbot, Giftmüllabfälle in ökonomisch schwächere Zonen innerhalb und außerhalb Europas zu verbringen;
- eine einzelstaatliche und EU-weite Förderung sowie Unterstützung von Umweltorganisationen und Naturschutzverbänden;
- einen umfassenden Verbraucherschutz für die Bürgerinnen und Bürger auf höchstem Niveau.

## Einen Kurswechsel in der Agrarpolitik einleiten

Die Ergebnisse bisheriger Gemeinsamer Agrarpolitik (GAP) der Mitgliedsstaaten der EU sind äußerst widersprüchlich. Während es einerseits ein hohes Versorgungsniveau mit Nahrungsgütern gibt, befindet sich andererseits die Land- und Ernährungswirtschaft in einer latenten Struktur- und Absatzkrise. Verschwenderische Überproduktion, Protektionismus, aufgeblähte bürokratische Reglungswut und gigantische fehlgeleitete Subventionen sind ihre Kennzeichen.

Die 1992 beschlossene Agrarreform ist nicht geeignet, die EU-Agrarpolitik aus dieser Sackgasse herauszuführen. Die Reform gibt den meisten Bäuerinnen und Bauern keine Entwicklungschancen. Sie verlängert das Siechtum der bäuerlichen Landwirtschaft und bürdet den SteuerzahlerInnen und VerbraucherInnen finanzielle Lasten in Milliardenhöhe auf.

## Die PDS fordert deshalb einen grundsätzlichen Kurswechsel in der EU-Agrarpolitik, der

- die Entwicklung, den Erhalt und die Förderung solcher agrarwirtschaftlicher Betriebe in den Mittelpunkt stellt, die kostengünstig produzieren, ökologisch ausgerichtete Produktionsverfahren anwenden und den in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen gute Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen. Dafür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und die Aversion der herrschenden Politik gegen kooperative Gemeinschaftsunternehmen, insbesondere gegen Genossenschaften, zu überwinden;
- die Hinwendung zu einer ökologisch sinnvollen Arbeitsteilung, einschließlich einer stärkeren Regionalisierung der Land- und Ernährungswirtschaft, fördert. Agrarpolitik muß auf ökologiegerechtes Wirtschaften ausgerichtet werden. Dies erfordert eine völlige Neustrukturierung der Subventionen in der Landwirtschaft und eine dementsprechende Orientierung von Wissenschaft und Technik;
- mit der aggressiven Exportstrategie zu Dumpingpreisen konsequent bricht, da das Agrardumping nicht den Bäuerinnen und Bauern in der EU zugute kommt und darüber hinaus den Ländern der sogenannten Dritten Welt wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektiven versagt und den Hunger vermehrt;
- die beschleunigte strukturelle Umwälzung durch zeitweilige degressive Anpassungshilfen begleitet, vor allem jedoch die Wirtschaftsentwicklung ländlicher Räume durch Sonderfördermaßnahmen unterstützt. So können auf längere Sicht Agrarsubventionen ohne Nachteile für die Bäuerinnen und Bauern spürbar abgebaut werden.

## Menschenrechte in der Europäischen Union für alle sichern

Tagtäglich wird von den Regierungen in Westeuropa die Notwendigkeit der Wahrung der Menschenrechte beschworen. Aber die Europäische Union selbst ist weit davon entfernt, Menschenrechte umfassend zu garantieren. Dies betrifft insbesondere die Grundrechte auf Frieden, Arbeit, Wohnung und Bildung.

Eine Demokratisierung der Europäischen Union ist untrennbar mit der Verwirklichung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Pakte der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbunden.

## Die PDS

- fordert und beteiligt sich an der Erarbeitung einer umfassenden Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzgebung;
- unterstützt von daher alle Forderungen nach Ausarbeitung und Durchsetzung eines gemeinschaftlichen Systems zum Schutz der Menschenrechte, einschließlich der Forderung des Europäischen Parlaments nach einem Aktionsprogramm für die grundlegenden Menschenrechte, das verbindlich für alle Mitglieder der Europäischen Union gilt;
- verlangt, daß die Europäische Union der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten beiträgt;
- setzt sich für die Schaffung eines verfassungsrechtlichen, einklagbaren Grundrechtekatalogs für alle in der Europäischen Union lebenden Menschen ein, der den Schutz der politischen und sozialen Menschenrechte auf nationaler und Unionsebene und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz garantiert sowie die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Rasse, Abstammung, Sprache, Zugehörigkeit zu ethnischen Minderheiten, Staatsangehörigkeit, wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und selbstbestimmten Lebensformentscheidungen, ihres Alters, ihrer körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen, Krankheiten sowie ihrer politischen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen verbietet;
- wendet sich gegen die Renaissance des Sozialdarwinismus im Gewand der Bioethik;
- setzt sich konsequent und stets ein für die Würde der durch Umweltschäden und -katastrophen Betroffenen und warnt auch unter diesem Aspekt vor den Auswirkungen der Zerstörung der Umwelt;
- tritt ein für die Anerkennung der Sinti und Roma als Volk, das in Europa Aufenthalts- und Bürgerrecht erhält;
- fordert das Ende der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und die Anerkennung der Rechte der Kurdinnen und Kurden;

- fordert die Bundesregierung auf, die vom Europäischen Parlament kritisierte politische Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern Ostdeutschlands sofort zu beenden;
- fordert die Beendigung der Berufsverbotspolitik und die von der ILO geforderte unverkürzte Geltung der völkerrechtlichen Normen im öffentlichen Dienst.

## Selbstbestimmung für Frauen verwirklichen

In den EU-Ländern sind nicht einmal 40 Prozent der Frauen erwerbstätig. Aber die weibliche Arbeitslosenquote liegt fast doppelt so hoch wie die der Männer. Frauen sind es, die in Teilzeitbeschäftigung, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und unbezahlte Arbeit gezwungen werden. Richtlinien und Aktionsprogramme der EG haben es bisher nicht vermocht, diese Mißstände zu beseitigen. Armut in der Europäischen Union ist vor allem weiblich.

Die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter wird in den hochentwickelten westeuropäischen Gesellschaften nicht in Frage gestellt. Frauen in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft sind nach wie vor eine Seltenheit. Für die PDS sind diese Zustände unhaltbar.

### Sie tritt ein für:

- eine konsequente Gleichstellungspolitik und gegen alle Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung;
- das unionsweite Verbot ungeschützter Arbeitsverhältnisse;
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit; Artikel 119 des EWG-Gründungsvertrages darf nicht länger Makulatur bleiben;
- das in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gesetzlich verbrieftete Recht auf Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper;
- wirksame Maßnahmen gegen Gewalt und sexuelle Diskriminierungen;
- eine per EG-Vertrag rechtlich verbindliche Frauenförderung im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Bei der Vergabe von EU-Fördermitteln sind von Frauen getragene Projekte zu bevorzugen. Quotenregelungen, Maßnahmenpläne zur gezielten Frauenförderung und Sanktionen gegen Arbeitgeber, die gegen das Frauenförderungsgebot verstoßen, und andere frauenpolitische Instrumentarien sind anzuwenden;
- eine regelmäßige und öffentliche Bestandsaufnahme über Fortschritte bei der Überwindung von Frauendiskriminierungen.

## Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Kinder und Jugendliche sind die Betroffenen der heutigen Entscheidungen für morgen. Sie werden als »noch nicht fertige« Menschen betrachtet, bevormundet, manipuliert und ausgegrenzt.

Auch wenn ein sehr großer Teil der westeuropäischen Kinder und Jugendlichen im Vergleich mit Heranwachsenden anderer Regionen der Welt in sogenannten gesicherten und guten materiellen Lebensverhältnissen aufwächst, nimmt die Zukunftsangst, gepaart mit gesellschaftlicher und individueller Perspektivlosigkeit, bei vielen zu.

Wenn Kinder und Jugendliche in der Europäischen Union eine Zukunft sehen und auch haben sollen, müssen sie die Möglichkeit haben, sich selbständig reale Lebensperspektiven zu erschließen.

### Die PDS setzt sich daher insbesondere ein für:

- die Verwirklichung der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte der Kinder;
- die Durchsetzung solcher gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sowie physischen und psychischen Beeinträchtigungen die Chance bieten, sich selbstbestimmt und chancengleich entwickeln zu können;
- die Sicherung umfassender Mitbestimmungsrechte der Heranwachsenden bis hin zur Einführung eines Vetorechts in allen sie betreffenden Fragen;
- die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf das 16. Lebensjahr;
- eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Kita-Plätzen, damit Eltern chancengleich erwerbstätig sein können;
- ein überall wahrnehmbares Recht auf Bildung und berufliche Ausbildung;
- einen Rechtsanspruch auf unentgeltlichen Schutz und Förderung der Gesundheit;
- das vollständige Verbot von Kindererwerbsarbeit in der Europäischen Union und die Beseitigung ihrer Ursachen;
- umfassende Information über und Unterstützung für Kinder- und Jugendprojekte, insbesondere materielle und finanzielle Unterstützung für antifaschistische, anti-rassistische, ökologische, etc.;
- die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs sowie bedürfnisorientierte Therapiemöglichkeiten.

## Flüchtlinge aufnehmen – Gleiche Rechte für alle

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben in der Vergangenheit von der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte gern profitiert. Heute leben und arbeiten in ihr ungefähr 8,3 Millionen Menschen aus Nicht-EU-Staaten mit völlig unzureichenden politischen und sozialen Rechten.

Zugleich hat Westeuropa durch die neokolonialistische Ausbeutung der Länder der »Dritten Welt« in hohem Maße selbst dortigen Hunger und millionenfaches Elend verursacht. Es hat auch Menschen aus Ost- und Südosteuropa jahrzehntelang ermuntert, ihre Heimatländer zu verlassen und in den »goldenen Westen« zu flüchten.

Aber statt sich verantwortungsbewußt den Folgen der eigenen Politik zuzuwenden und die hierhergekommenen bzw. bereits hier lebenden Menschen menschenwürdig

zu behandeln, fällt die Europäische Union in die Abgrenzungspraktiken des Kalten Krieges zurück. Über eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik wird nunmehr eine neue Mauer in Europa errichtet, die Westeuropa wie eine Festung vor den Problemen des »Restes der Welt« abschirmen soll. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden so regierungsoffiziell befördert.

Die PDS will ein humanistisches und antirassistisches Europa, das zur Lösung des weltweiten Flüchtlingsproblems beiträgt.

### Die PDS tritt daher ein für:

- die Abschaffung aller beschlossenen Abschottungsverträge und -maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten;
- die demokratische, gleichberechtigte und menschenwürdige Integration aller aufgenommenen Einwanderinnen und Einwanderer;
- die EU-weite Abschaffung aller gesetzlichen Regelungen, die Menschen aufgrund ihrer ethnischen Abstammung diskriminieren;
- ein einheitliches Bürgerrecht für alle Menschen, die in der Europäischen Union wohnen;
- die Zulassung von doppelter Staatsbürgerschaft;
- die Erarbeitung einer Europäischen Flüchtlingskonvention, die den tatsächlichen Fluchtursachen Rechnung trägt;
- eine Aufklärungs- und Bildungspolitik über Fluchtursachen, die die Verantwortung der Europäerinnen und Europäer – insbesondere der Regierenden der EU-Länder – für die Fluchtgründe hervorhebt.

## Demokratische Kontrolle und Transparenz in Fragen der Inneren Sicherheit herstellen

In der Europäischen Union werden durch das Schengener Abkommen und andere Vereinbarungen in beängstigender Weise Probleme der inneren Sicherheit immer mehr einer öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle entzogen und zudem übermäßig zentralisiert. EUROPOL und TREVI sind Synonyme für ungehinderte westeuropaweite Datenerhebung und Überwachung, die mit einem weiteren Abbau von Datenschutz und Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger einhergehen.

Eine polizeiliche Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung nach dem Wegfall der EU-Binnengrenzen darf nicht zu einer Vonselbständigung der Polizei oder zum Aufbau und Einsatz paramilitärischer Polizeieinheiten führen. Eine Verflechtung von Polizei und Geheimdiensten sowie die Eingrenzung der BürgerInnenrechte durch eine fortgesetzte Erweiterung von Polizeibefugnissen lehnen wir ab. Die Innenpolitik der Gemeinschaft muß dem Kampf gegen den bedrohlich anwachsenden Rechtsextremismus und Neofaschismus verpflichtet sein.

### Die PDS fordert daher:

- die vollständige Offenlegung aller bisherigen Vereinbarungen und Absprachen, die zwischen den EU-Staaten im Bereich »Inneres und Justiz« abgeschlossen wurden;
- die Durchsetzung einer direkten parlamentarischen Kontrolle polizeilicher Zusammenarbeit durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente;
- die Erarbeitung weitreichender EU-Datenschutzbestimmungen, einschließlich des Auskunftsrechts über personenbezogene Daten in polizeilichen Informationssystemen;
- die Schaffung eines EU-weiten Rechtssystems gegen rassistische Diskriminierung mit eigenen Kontrollinstitutionen sowie wirksame staatliche Maßnahmen gegen AusländerInnenhaß und gegen Gewalttaten gegenüber Ausländerinnen und Ausländern;
- das EU-weite Verbot rassistischer und neofaschistischer Propaganda.

# Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport zielgerichtet fördern

Wissenschaft, Bildung und Sport, Kultur und Kunst haben für die Zukunft, nicht zuletzt wegen ihres völkerverbindenden und internationalen Charakters eine wachsende Bedeutung. Sie werden aber in allen EU-Staaten von der Kürzung öffentlicher Haushalte besonders betroffen, zunehmend kommerzialisiert und privatisiert. Die Regierungen ziehen sich aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerade auf diesen Gebieten zurück, weshalb sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Mehrzahl der Betroffenen und auf diesen Gebieten Tätigen verschlechtern.

Die Allgemeinbildung und die Kultur sind im Maastrichter Vertrag erstmals als Bereiche der Gemeinschaftspolitik verankert worden. Es vergrößert sich die Tendenz, daß der Einfluß der Monopole und der ökonomisch starken Großbetriebe auf Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur dominierend wirkt und regionale, nationale und ethnische Traditionen und Identitäten nivelliert werden. Die PDS verteidigt die föderalen Rechte auf dem Gebiet von Bildung und Kultur.

In der Europäischen Union setzt sich die PDS dafür ein, daß Bildung und Kultur real ein größeres Gewicht im Leben der Menschen beigemessen wird. Die fördernde und ergänzende Funktion der Europäischen Union ist vor allem darauf zu richten, daß humane, interkulturelle, soziale und ökologische Ziele für eine friedliche Welt unterstützt werden.

## Die PDS fordert daher:

- die Förderung aller Bereiche von Kultur, Kunst und Sport;
- die eklatante Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung in weiten Bereichen zu beenden sowie diese an gesellschaftlicher und globaler Verantwortung zu orientieren und für ihre zielgerichtete Förderung die Gemeinschaftskompetenzen auf qualitativ neuer Stufe zu nutzen;
- das Recht auf Bildung und berufliche Erstausbildung für alle zu gewährleisten;
- Projekte, die Bildungsziele wie Interkulturalität, Überwindung von Militarismus, Rassismus, Nationalismus und Faschismus verfolgen, besonders zu fördern;
- die Bereitstellung ausreichender Stipendien für Jugendliche aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt;
- die wirtschaftliche und soziale Situation von jungen WissenschaftlerInnen und jungen KünstlerInnen, von StudentInnen und Lehrlingen aus unterprivilegierten Regionen und Schichten zu verbessern und besonders zu fördern;
- Gemeinschaftsaktionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation von Künstlerinnen und Künstlern;
- die sozialen, kulturellen und politischen Rechte, die Lehrende aus den internationalen Konventionen und Pakten haben, für alle zu verwirklichen;

- das Bildungsprivileg zu überwinden und die Mitbestimmungsrechte für die Betroffenen in allen Bildungseinrichtungen auszubauen;
- die Überwindung des auf Selektion gegründeten gegliederten durch ein einheitliches, integrierendes Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen;
- die Bereitstellung von erheblich mehr Mitteln der EU für den Jugendaustausch, besonders mit osteuropäischen Ländern und den Ländern der sogenannten Dritten Welt;
- besonders den kulturell-künstlerischen Austausch zwischen den Völkern Europas und der Welt, die Unterstützung des Fremdsprachenunterrichts und das Kennenlernen anderer Völker und deren Kulturen zu befördern;
- die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Diplomen und akademischen Graden ohne politische, weltanschauliche, religiöse, rassistische, sexistische oder andere Diskriminierungen;
- die Bereitstellung von mindestens 1,00 DM pro Jahr und Bürgerin und Bürger der Europäischen Union für Bildung und Kultur;
- eine Orientierung auf die großen Potentiale Europas, die in der Pluralität und der alle Bereiche des Lebens umfassenden Zusammenarbeit, in den demokratischen Traditionen und Institutionen, einer reichen Zivilgesellschaft und engen Verbindungen zum Trikont sowie den historischen Erfahrungen tiefgreifender zivilisatorischer Umbrüche liegen.

## Meinungsvielfalt und eine offene Medienpolitik garantieren

Ohne Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher ist ein europäischer Dialog nicht möglich. Die EU-Organe aber behandeln Medien – wenn überhaupt – als Dienstleistung, nicht als Kulturgut.

Jenseits der Organe der Europäischen Union und einer Einflußnahme der Öffentlichkeit völlig entzogen, wird Medienpolitik längst europaweit gemacht. Sie findet als rasanter Konzentrationsprozeß statt. Entstanden sind internationale Multimedia-Konzerne, die immer stärker die Meinungsvielfalt und die gesellschaftliche Kommunikation gefährden.

In den Ländern, in denen es öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten gab und gibt, haben diese ihre Monopolstellung verloren; sie geraten in den Sog der allgemeinen Kommerzialisierung.

Der Kommunikations- und Mediensektor ist als umsatzstarker und innovativer Wirtschaftsfaktor zum Investitionsobjekt branchenfremder Konzerne geworden. Sie üben Zensur aus und benutzen die Medien für ihre (Firmen-)Interessen. Das gefährdet die Meinungsfreiheit. Besorgniserregend ist, daß die Freiheit journalistischer Recherche eingeschränkt wird.

Die PDS sieht in den Printmedien, in Rundfunk und Fernsehen Kulturgüter, die bisher unter Länderhoheit fallen. Weil aber die neuen Kommunikationstechnologien längst nationale Grenzen sprengen, bedarf es eines europäischen Schutzes der Meinungsvielfalt.

### Die PDS setzt sich ein für

- eine europaweite Initiative und materielle Unterstützung der Produktion und Verbreitung von Filmen, Büchern und TV-Produktionen aus kleineren europäischen Ländern und Regionen;
- die Öffnung der Medien für die Kultur, die Erfahrungen und Meinungen namentlich aus Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika;
- Schutzbestimmungen für den Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Anstalten als Gegengewicht zur Kommerzialisierung und die Förderung lokaler Initiativen und Bewegungen für offene Kanäle;
- eine Initiative gegen die Verbreitung nationalistischen, rassistischen und gewaltverherrlichenden Gedankenguts;
- die Freiheit journalistischer Arbeit. Die Rechte der WerkschöpferInnen – ob JournalistInnen, FilmemacherInnen, KünstlerInnen – gegenüber den Verwertern müssen gestärkt werden.

## Frieden durch kollektive Sicherheit, Abrüstung und Entmilitarisierung gewährleisten

Die mit Maastricht begründete »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« der Europäischen Union beruht auf überholtem sicherheitspolitischen Denken und wird der neuen Lage in Europa in keiner Weise gerecht. Sie unterstützt Versuche, der NATO weitere Funktionen einer europäischen Ordnungsmacht zu übertragen, installiert die WEU als militärischen Arm der Europäischen Union und strebt die Schaffung einer westeuropäischen Armee an. Westeuropa soll eine konventionell und nuklear hochgerüstete militärische Supermacht werden, die zu weltweiter Machtpolitik befähigt ist.

Die PDS stellt sich diesen Plänen entschieden entgegen. Für uns kann eine Stabilitäts- und sicherheitsfördernde Rolle der Europäischen Union in Europa und in der Welt nur darin bestehen, daß sie sich zu konsequenter Abrüstung und Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik verpflichtet. Deutschland sollte dabei beispielgebend wirken und darf nicht zum Vorreiter einer Militarisierung der EU werden. Von deutschem Boden darf nur Frieden ausgehen. Die »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« muß jede Option zur Anwendung militärischer Gewalt ausschließen. Wir sind daher für die Auflösung von WEU und NATO.

Wir wollen, daß die KSZE zu einem System kollektiver Sicherheit in Europa ausgestaltet wird. Nur durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und nicht durch die machtpolitische Dominanz von WEU und NATO, durch neue Waffen und Armeen, können die politischen und sozialen, die wirtschaftlichen und ethnischen Probleme, die Hauptursachen von Spannungen und Konflikten sind, gemildert und letztlich überwunden werden.

### Die PDS tritt für eine »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« der EU-Mitgliedsstaaten ein, die:

- eine umfassende außen- und sicherheitspolitische Konzeption verfolgt, in der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Aspekten der Sicherheit Priorität eingeräumt wird;
- die politische Regelung aller bewaffneten Konflikte fördert, vor allem zur Beendigung des Blutvergießens im ehemaligen Jugoslawien beiträgt und auf militärische Interventionen verzichtet;
- auf eine radikale Abrüstung und Senkung der Militärausgaben gerichtet ist und auf die Entwicklung und Produktion neuer Waffen verzichtet;
- einer direkten parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente unterliegt;

- die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten in Richtung Nichtangriffsfähigkeit umstrukturiert und auf die Abschaffung der Armeen zielt;
- allen Betroffenen das Recht auf Verweigerung von Militär- und Zwangsdiensten einräumt, solange die Wehrpflicht nicht abgeschafft ist.

### Das heißt:

- keine flexible westeuropäische Interventionsarmee;
- sofortige Einstellung aller Pläne zum Bau des »Euro-Fighter 2000«;
- vollständiger Verzicht auf Atomwaffentests;
- Hinwirken auf die Abschaffung aller Nuklearwaffen;
- strenge Rüstungskontrolle und vollständiges Exportverbot von Waffen, Ausrüstungen und Technologien;
- keine Aushöhlung nationaler Restriktionen für Rüstungsexporte;
- sozial verträgliche Konversion der Rüstungsindustrie als eine zentrale Aufgabe.

## West- und Osteuropa zusammenführen

Maastricht hat eine neue europäische Spaltungspolitik eingeleitet, durch die an der Oder-Neiße-Grenze eine neue Mauer errichtet wird. Die Einigung Europas ist aber prinzipiell nur als gesamteuropäischer Prozeß vorstellbar. Westeuropäisches Festungsdenken oder ein Zwei-Klassen-Europa sind mit proeuropäischen Positionen unvereinbar.

Unsere Erfahrungen aus dem Prozeß der deutschen Einigung haben Bedeutung für West- und Osteuropa. Der von der Bundesregierung mit Währungsunion und Treuhandpolitik herbeigeführte Kahlschlag in Industrie und Wirtschaft hat finanzielle Lasten nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Europäische Union zur Folge. Ostdeutschland mußte wie Regionen in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland zur Region mit Entwicklungsrückstand erklärt werden, weil sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung unter deren Niveau absank und die Massenarbeitslosigkeit galoppierend anstieg.

Indem sich die PDS für die Interessen der Ostdeutschen und ihre Mitsprache über die eigene Zukunft für eine gleichberechtigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland einsetzt, vertritt sie eine Politik der Zusammenführung West- und Osteuropas, die die Fehler der deutschen Vereinigung und die sich daraus ergebenden Lasten für die Menschen vermeidet.

Die PDS setzt sich daher für die rasche Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller europäischen Staaten und für die Schaffung eines Systems

gesamteuropäischer Strukturen ein. Dazu ist erforderlich, einen gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraum aufzubauen. Eine solche Entwicklung könnte langfristig zur Bildung einer wahrhaften Europäischen Union führen.

### Die PDS tritt für eine Politik der Union und ihrer Mitgliedsstaaten ein,

- die sie verpflichtet, alle grundlegenden Zukunftsentscheidungen auf ihre Auswirkungen für Gesamteuropa hin zu überprüfen;
- die ein System gesamteuropäischer Strukturen unter Einbeziehung der GUS-Staaten und unter Berücksichtigung regionaler Integrationen fördert;
- die interessierten Ländern Mittel- und Osteuropas eine klare Beitrittsperspektive zur Europäischen Union eröffnet. Abgeordneten der nationalen Parlamente dieser Staaten sollte ein Beobachterstatus im Europäischen Parlament eingeräumt werden;
- die das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Mittel- und Osteuropa bei der Wahl ihres Entwicklungsweges und die Rechte nationaler Minderheiten anerkennt;
- die revanchistische Forderungen und Gebietsansprüche entschieden zurückweist;
- die mit einem umfassenden Aufbauprogramm die Modernisierung und den ökologischen Umbau der Länder Ost- und Südosteuropas unterstützt;
- die demokratische Bestrebungen zur Schaffung gesamteuropäischer Gewerkschaften, die länder- und branchenübergreifend kooperieren, unterstützt.

Hierzu gehören als Mindestforderungen:

- den EU-Binnenmarkt für mittel- und osteuropäische Produkte zu öffnen;
- die Effektivität der EU-Förderprogramme vorrangig für eine an sozialen und ökologischen Erfordernissen orientierte regionale Wirtschaftsentwicklung einzusetzen und Mittel für produktive Investitionen vor Ort bereitzustellen;
- die Wiederbelebung der historisch gewachsenen regionalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen;
- die Förderung grenzüberschreitender Formen der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa, insbesondere die Entwicklung von EURO-Regionen.

## Nord-Süd-Konflikt lösen helfen

Die Länder der südlichen Hemisphäre sind in den vergangenen Jahrzehnten – trotz und aufgrund marktwirtschaftlicher Reformen und vielbeschworener »Entwicklungshilfe« aus dem Norden – immer ärmer geworden. Auf drei Viertel der Erdbevölkerung entfallen heute weniger als 20 Prozent der Weltproduktion. 1,1 Milliarden Menschen verfügen pro Kopf und Tag über weniger als einen Dollar »Einkommen«. Tausende Kinder verhungern tagtäglich. Hauptursache für die beispiellose Polarisierung von Arm und Reich auf dieser Welt ist die herrschende Weltwirtschaftsordnung.

Wir sind davon überzeugt, daß die europäische Integration nur dann eine erfolgreiche Perspektive haben kann, wenn dieser Entwicklungskatastrophe schnell Einhalt geboten wird. EU-Europa hat diese Zivilisationstragödie mitverschuldet. Es ist ein Gebot der Stunde und der Menschlichkeit, die Einigung Europas nicht mehr gegen die Länder der »Dritten Welt« voranzutreiben, sondern radikale Schritte hin zu einer neuen solidarischen Weltwirtschaftsordnung einzuleiten.

### Die PDS setzt sich deshalb ein für:

- die Aufdeckung und Überwindung der tatsächlichen Ursachen von ökonomisch-sozialer Unterentwicklung im Süden sowie insbesondere für einen radikalen Wertewandel in den westeuropäischen Industriegesellschaften – d.h. bei uns selbst;
- eine fundamentale Umorientierung aller Politikbereiche zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung des Südens. Die wohlklingenden Lippenbekenntnisse des Maastrichter Vertrages müssen durch konkrete und verbindliche Festlegungen ersetzt und diese müssen realisiert werden;
- die umgehende Ergreifung geeigneter Maßnahmen, die die Entwicklungsblockade im Süden beseitigen helfen. Dazu gehören vor allem der Schuldenerlaß für alle Entwicklungsländer bzw. die Streichung aller Auslandsschulden für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sowie die Öffnung der Märkte im Norden für die Produkte des Südens und nicht zuletzt der Verzicht auf jegliche Diskriminierung im Handel insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas;
- die unverzügliche Bereitstellung von mindestens 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aller Länder der Europäischen Union für Entwicklungshilfe;
- die Durchsetzung des Prinzips »Abrüstung für Entwicklung« mit dem Ziel, noch in diesem Jahrhundert wirksame Schritte zur Lösung der menschlichen Existenzprobleme einleiten zu können und so die Grundbedürfnisse aller in Not Lebenden befriedigend zu gewährleisten.

# controvers

NEU:

Gerhard Branstner

## Mensch - wohin?

Versuch einer Kurzphilosophie der Geschichte  
32 Seiten, Preis: 3 DM

Michael Brie

Erich Hahn

Reinhard Mocek

Gregor Schirmer

## Schiff ohne Kompaß?

Marxistische Gesellschaftswissenschaften  
und sozialistische Politik  
48 Seiten, Preis: 4,50 DM

## Linker Neuanfang?

Programmatische Aussagen  
links-sozialistischer Parteien  
64 Seiten, Preis: 5 DM

Bisher sind in der Reihe CONTROVERS,  
Diskussionsangebote der PDS, 24 Titel erschienen.  
Fordern Sie bitte das Gesamtverzeichnis an.  
Bei Sammel- und Paket-Bestellungen Rabatt.

Zu bestellen bei:

CONTROVERS Verlag & Vertrieb

Ackerstraße 153, 10115 Berlin

Telefon (0 30) 2 82 45 17, Fax (0 30) 2 82 88 07

Herausgegeben vom Wahlbüro der PDS  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Spendenkonto für den Wahlkampf 1994:  
Konto-Nr. 13 225 731, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00  
Kennwort: PDS 94